



Diesel-Gate

Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger

Sammelklagen, private enforcement, Prozessfinanzierer, Quota Litis

Der Abgasskandal hat nicht nur die gesamte Automobilindustrie erreicht, die Vorstandsetagen der Konzerne herumgewürfelt, sondern auch das Dauerthema Sammelklagen befeuert. Im Koalitionspakt der deutschen Bundesregierung ist neuerdings die Einführung einer Musterfeststellungsklage avisiert. Ähnliches schlummert seit Jahren in den Schubladen der österreichischen Justiz. Im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung findet sich im Kapitel Justiz dazu nur der Hinweis auf die Einführung einer neuen Wirtschaftsgerichtsbarkeit zur Verfahrensbeschleunigung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes nach dem Konzept der Kartellgerichtsbarkeit. Das wird die altbekannten Probleme nicht lösen. Wir brauchen keine neuen Wirtschaftsgerichte, weil wir eine funktionierende Gerichtsbarkeit haben, in die die Kartellgerichte eingebunden sind, die aber ihre Aufgaben nur dann mit ihrem im europäischen Vergleich hohen Standard, was Verfahrensökonomie und Verfahrensdauer betrifft, aufrecht erhalten kann, wenn ihre Ressourcen nicht ständig beschnitten werden.

Anhand der Geschichte der Automobilindustrie zeigt sich, dass durch Fließbandfertigung, Standardisierung und Automatisierung Fortschritt und Effizienz gesteigert wurden. Die Kehrseite waren verlorene Arbeitsplätze und Produktionsfehler, die sich in hunderttausenden Produkten wiederfinden können. In der „Zeit“ vom 26.4.2018 wird schonungslos aufgezeigt, dass sich die Gerichtsverfahren zur Schadensbeseitigung von Massenphänomenen noch im Manufakturzeitalter befinden. Gleichzeitig wird auf die Schwachstellen der Industrialisierung des Prozesswesens verwiesen: Klagewellen, wie in den USA, Unterwanderung der Klageverbände durch verbraucherferne Interessengruppierungen, Hineinziehen von unschuldigen Unternehmen, Erosion der Gerichte Viele dieser Probleme sind lösbar, Lösungsansätze kennen wir aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und der dortigen Regelung über Verbandsklagen. Es wäre an der Zeit, dass sich auch in Österreich etwas bewegt, sonst wird uns das Heft des Handelns durch Brüssel aus der Hand genommen.

Meint ein vom Diesel-Gate betroffener Kammerpräsident.